

Erhard Crome eröffnete mit einer Einschätzung von Trumps Präsidentschaft. Diese werde nicht zu einem neuen Isolationismus der USA führen, aber Kriege werde dieser Präsident nur führen, „wenn es in unserem Interesse ist.“ Crome ordnet ein, was das für den Krieg in der Ukraine, den Krieg Israels und einen eventuellen Krieg gegen China bedeuten kann.

Es folgte **Michael von der Schulenburg** mit einem vehementen Plädoyer, jeden Krieg vor dem Hintergrund der UN Charta zu sehen. Die UN Charta wurde nach 1945 verabschiedet, um Krieg als Mittel der internationalen Politik zu ächten und der Vernichtung der Menschheit durch einen weiteren entfesselten Weltkrieg zu verhindern. Das Grundprinzip ist vorbeugen – verhandeln – für unterschiedliche nationale Interessen Lösungen finden. Aktuelle Entscheidungen im Bundestag wie auch im Europaparlament verstoßen fundamental gegen die UN Charta.

Wieland Hoban stellte fest, in Israels Kriegsführung ist nur noch selten gegen militärische Ziele gerichtet. Das israelische Militär bekämpft die Zivilbevölkerung. In Gaza ebenso wie im Libanon. Deutschland unterstützt seit der Adenauerzeit in den 1950er Jahren Israel politisch und mit Waffenlieferungen und weicht von dieser Linie auch jetzt nicht ab. 2024 war ein interessantes Jahr für das Völkerrecht. Es gelang nicht, Hebel in Bewegung zu setzen, um das Massaker zu beenden. Aber viele Länder fangen an, über IHRE Beziehungen nachzudenken. In Deutschland ist durch das Handeln der Regierung der gesellschaftliche Frieden bedroht. Der Vorwand des Antisemitismus dient zur Delegitimierung fachlicher Einschätzungen und führt zur Verfolgung persönlicher Meinungen.

Als Abschluss lieferte **Rolf Gössner** zunächst einen Überblick, wo überall die Militarisierung in Deutschland Fuß fasst. Die neue politische Linie eröffnet die Gefahr, dass sich in Deutschland und Europa eine Militär Industrie Komplex herausbildet. Im Innern kommt es schon zu Verschiebungen – die Ermöglichung von Bundeswehreinräsen im Innern wird intensiviert durch die neue Zuschreibung von Zivilschutz und Heimatschutz als „nationale Sicherheitsreserve mit hoheitlichen Befugnissen“, was laut Grundgesetz allein der Polizei zusteht. Die Trennung von Polizei / Bundeswehr, Innen- / Außenpolitik, Verteidigung / Intervention wird unterlaufen. Die Militarisierung führt im Inneren zu Einseitigkeit. Das grundgesetzliche Gebot, dem Frieden in der Welt zu dienen, geht gemeinsam mit dem Sozialstaatsgebot unter.

Auch die Videobeiträge aus den Workshops „**Krieg in Westasien und globale Wirkungen**“ von Karin Kulow und „Russland – Weltmacht im Wartestand“ von Kerstin Kaiser bieten gute Grundlagen für unsere Arbeit.

Jürgen Scheffran sprach im Plenum über die große Gefahr eines Atomkrieges und die geplante Stationierung von Mittelstreckenwaffen.

Hans-Jürgen Urban weckte Sonntag Morgen die Plenumsteilnehmer mit seinen Ausführungen über „Krisen, Krieg, Frieden und die Gewerkschaften“.

Nicht zuletzt kann auch der Beitrag von **Sevim Dagdelen** zur „Geopolitik, die Lage in der Ukraine, Politik im Lichte der Wiederwahl Trumps“ angeschaut werden.

Diese Videos und weitere Texte sind auf der Webseite des Friedensratschlags zu finden.